

INFORMATIONEN

zur Wirtschaftsentwicklung
und Lage der Arbeiterklasse

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien
und Forschungen (IMSF)
Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-
GmbH, Frankfurt/Main

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Nr. 2/1987 – Juni

Die Wirtschaftsprognosen für das Jahr 1987 mußten in den letzten Wochen nochmals revidiert werden. Die nach unten deutenden Konjunkturindikatoren lassen inzwischen selbst ein Wirtschaftswachstum von zwei Prozent als kaum noch erreichbar erscheinen. Seit dem Herbst 1986 sinken die Ziffern der Industrieproduktion und der industriellen Auftragseingänge.

Revidiert haben inzwischen aber auch internationale Institutionen ihre Erwartungen für die kapitalistische Weltwirtschaft. „Die internationale Konjunktur ist am Abflauen, und Impulse, die das nach wie vor gegebene Wachstumstempo wieder beschleunigen könnten, sind vorerst nicht auszumachen“, schreibt die Neue Zürcher Zeitung in ihrem internationalen Konjunkturüberblick. Dies gilt auch für Japan, wo man inzwischen ebenfalls nur noch ein Wachstum von gut zwei Prozent erhofft. Die spannende Frage, wann diese Konjunkturabschwächung in eine neue Rezession, eine zyklische Wirtschaftskrise einmündet, kann allerdings noch nicht genau beantwortet werden. Bislang stützt der private Verbrauch sowohl in der BRD als auch international noch die schwache Konjunktur und verhindert einen rezessiven Einbruch.

Dagegen hat die Investitionskonjunktur ihren Höhepunkt überschritten. In der Bundesrepublik wird im Jahresdurchschnitt zwar noch mit einer leichten Zunahme der Anlageinvestitionen gerechnet, allerdings bei rückläufiger Tendenz im Jahresverlauf. Der Auslastungsgrad der industriellen Kapazitäten ist seit Herbst 1986 ebenfalls rückläufig. Der Ausfall von Exportaufträgen in den Investitionsgüterindustrien hat sehr rasch zur Dämpfung der Investitionstätigkeit dort geführt, während die günstige Konsumkonjunktur ihrerseits keine zusätzlichen Investitionen stimuliert hat. Der Übergang von der Exportkonjunktur zur Inlandskonjunktur ist mißlungen. Nun hoffen die amtlichen Wirtschaftsforscher auf eine erneute Nachfragebelebung im Export. Diese Erwartung erscheint derzeit aber wenig begründet. Der Welthandel hat schon im abgelaufenen Jahr nur um real etwa dreieinhalb Prozent zugenommen, im laufenden Jahr wird mit zweieinhalb Prozent eine weitere Verlangsamung erwartet. Die mit der Abwertung des Dollars verbundenen negativen Rückwirkungen sind noch keineswegs verarbeitet. Die

Konjunktur in wichtigen Partnerländern der Bundesrepublik, vor allem in Frankreich, weist starke Ermüdungserscheinungen auf. Es ist daher nicht recht ersichtlich, wie der erhoffte Wiederanstieg der Exporte zustande kommen soll.

Die Abschwächung der Gesamtkonjunktur hat sofort wieder die schwelenden Branchenkrisen vor allem bei Stahl, Kohle und im Schiffbau angefacht. In der Landwirtschaft scheint das System der Agrarpolitik ernsthaft in Frage gestellt zu sein. Auch die erhoffte Besserung in der Bauwirtschaft hat sich nicht als dauerhaft erwiesen.

Der Aufschwung der industriellen Aktivitäten 1984 und 1985, basierend vor allem auf der Exportkonjunktur der Investitionsgüterindustrien, hatte zu einer deutlichen Stabilisierung der Beschäftigtenziffern dort geführt. Dieser leichte Aufwärtstrend ist seit dem Jahresanfang 1987 gebrochen, in den meisten Branchen überwiegen die Entlassungen wieder die Neueinstellungen. Vor diesem Hintergrund ist die „Wende“ am Arbeitsmarkt ein Alarmzeichen. Noch bevor die schwache Konjunkturphase ganz beendet ist, steigt die Arbeitslosigkeit schon wieder an. Die saisonbereinigten Ziffern sind seit November 1986 wieder im Aufwind. Der faktische Anstieg der Arbeitslosigkeit wird gegenwärtig nur noch von günstigen saisonalen Faktoren überdeckt. Im Vergleich mit dem entsprechenden Vorjahreszeitraum aber ist kaum noch eine Besserung auszumachen: Nur der Intensivierung arbeitsmarktpolitischer Bemühungen der Bundesanstalt für Arbeit (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, berufliche Umschulungskurse) ist es zu verdanken, daß der Vorjahresstand noch nicht überschritten ist.

In der Wirtschaftspolitik scheint völlige Ratlosigkeit zu herrschen:

- Zur Stützung des Dollars soll die Bundesbank die Zinsen senken, obwohl die Inflation sich wieder etwas belebt und die Geldmenge viel rascher wächst als geplant.
- Die Konjunkturverlangsamung schlägt bereits negativ auf die Steuereinnahmen durch. Gleichzeitig verursachen die Steuersenkungen für die Unternehmen und oberen Einkommensschichten weitere Ausfälle. Das Haushaltsdefizit

droht kräftig anzusteigen. Die wachsenden Haushaltsrisiken werden mit Ausgabenkürzungen u. a. im Investitionsbereich beantwortet, was die Tendenz zur Konjunkturabschwächung verstärkt.

- Durch „Subventionsabbau“ sollten einige der sich öffnenden Haushaltslöcher gestopft werden – tatsächlich aber wächst der Subventionsbedarf der Wirtschaft rasch, erschallt aus den meisten Branchen der Ruf der Unternehmer nach mehr „Staatsknete“.
- Hatte die konjunkturell bedingte Steigerung der Steuereinnahmen in den beiden letzten Jahren der Regierung in der Sozialpolitik wieder etwas Manövrierspielraum verschafft, so wird nun – oft unter dem Vorwand des Subventionsabbaus – wieder über Einschränkungen im Bereich der Sozialpolitik gesprochen.

Insgesamt scheint die Atempause, die die konjunkturelle Besserung Kapital und Kabinett in ihrer Anpassungsstrategie verschafft hatte, nun vorbei zu sein. Im Übergang zu einer neuen zyklischen Krise stellen sich alle jene sozialen und ökonomischen Probleme mit neuer Wucht, die in den letzten Jahren nur leicht übertüncht werden konnten.

INHALT

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Produktion
- 1.2 Industriebranchen
- 1.3 Geld- und Kapitalmarkt
- 1.4 Investitionen
- 1.5 Außenwirtschaft
- 1.6 Verschuldung der Dritten Welt

2 Unternehmerrgewinne

3 Lage der Arbeiterklasse

- 3.1 Löhne und Gehälter
- 3.2 Preise
- 3.3 Steuerreform
- 3.4 Sozialhilfe
- 3.5 Arbeitskonflikt 1987
- 3.6 Beschäftigung und Arbeitsmarkt

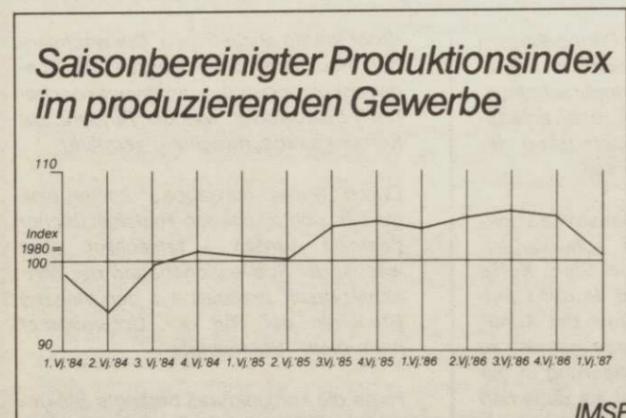
1.1 Produktion

Die Erzeugung im produzierenden Gewerbe geht nun schon seit acht Monaten zurück. Die saisonberechtigten Ziffern weisen seit der Jahresmitte 1986 nahezu ununterbrochen nach unten.

Saisonbereinigter Produktionsindex im produzierenden Gewerbe¹

1985				1986				1987
1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
100,6	102,1	104,2	104,7	104,0	105,2	106,1	105,2	102,0

¹ Index 1980 = 100
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Iff.)



Der Vorjahresvergleich zeigt, daß die Produktionsentwicklung derzeit noch von der Erzeugung im Bereich der Verbrauchsgüter gestützt wird. Klammert man diesen Sektor aus, so liegt die Produktion im ersten Quartal 1987 nicht mehr über dem Vorjahresstand.

Nettoproduktion des produzierenden Gewerbes¹

	November	Dezember	Januar	Februar	März ²
Insgesamt	-0,9	+3,9	-6,2	+1,3	+0,4
Grundstoffe und Produktionsgüter	-1,4	+1,5	-6,9	-0,7	-1,5
Investitionsgüter	-1,7	+5,1	-5,8	+1,3	+3,3
Verbrauchsgüter	+0,6	+4,5	-3,3	+3,1	+2,2

¹ 1986/87 in % gegenüber dem Vorjahr
² Vorläufige Zahlen
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Iff. S. 65*)

Bestätigt wird die rezessive Tendenz im produzierenden Gewerbe durch die Statistik der Auftragseingänge. Dabei sind die Inlandsbestellungen ebenso betroffen wie die Auslandsbestellungen. Es ist allerdings zu berücksichtigen, daß das Niveau der Auslandsbestellungen immer noch sehr hoch ist. Der Auftragsindex (1980 = 100) lag bei den Inlandsbestellungen im ersten Quartal 1987 preisbereinigt bei 97, bei den Auslandsbestellungen übertraf er dagegen mit 119 deutlich den Vorkrisenstand von 1980.

Saisonbereinigter Index des industriellen Auftragseingangs¹

1985				1986				1987
1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
107	108	110	109	108	109	110	106	104

¹ Volumen, Index 1980 = 100
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Iff.)

Immerhin zeigt sich deutlich, daß die vieldiskutierte Ablösung der Exportkonjunktur durch die Inlandskonjunktur nicht gelungen ist. Der Vorjahresstand ist bei den Aufträgen nominal deutlich unterschritten. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die industriellen Erzeugerpreise derzeit noch um rund vier Prozent unter dem Vorjahresstand liegen. Dies betrifft allerdings überwiegend den Bereich der Grundstoffe und Produktionsgüter, die sich im

Jahresvergleich um fast zehn Prozent verbilligt haben. Die Erzeugerpreise bei den Investitionsgütern steigen weiter leicht an.

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe¹

	Insgesamt	Grundstoffe und Produktionsgüter	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter
November	-5,5	-8,5	-5,2	-2,1
Dezember	+0,8	-4,2	+2,0	+5,3
Januar	-8,8	-13,7	-7,6	-4,9
Februar	-2,4	-3,4	-3,5	+2,3
März ²	+3,6	+1,0	+2,9	+2,2

¹ Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr, nominal
² Vorläufige Zahlen
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, Iff.)

Vergleichsweise stabil ist die Auftragslage nur im Verbrauchsgüterbereich, und zwar sowohl bei den Inlands- wie bei den Auslandsbestellungen. Noch immer wird die Konjunktur sowohl national wie international durch ein relativ hohes Konsumniveau gestützt – vor allem eine Folge der niedrigen Verbraucherpreise. Es ist bekannt, daß dies immer noch Folge des Preisverfalls für Rohstoffe, insbesondere für Erdöl, ist. Da dieser Sonderfaktor an Wirkung verliert, dürfte auch die stabilisierende Funktion des Verbrauchs im weiteren Jahresverlauf allmählich an Einfluß einbüßen. Auch bei den amtlichen Prognosen hat diese Erkenntnis inzwischen dazu geführt, daß die Wachstumserwartungen in den letzten Monaten weiter nach unten „angepaßt“ werden. Nunmehr wird für 1987 im besten Fall noch mit einem realen Zuwachs des Bruttosozialprodukts um ein bis maximal zwei Prozent gerechnet, die Produktion wird demnach stagnieren oder leicht zurückgehen. Das Ifo-Institut spricht sogar von einer möglichen Konjunkturwende. Die meisten Prognosen hoffen aber auf eine erneute Belebung im Export.

1.2 Industriebranchen

Die stagnative oder sogar abwärts gerichtete Tendenz im produzierenden Gewerbe hat die latenten Krisenerscheinungen in den „traditionellen“ Schrumpfbereichen erwartungsgemäß erneut zugespitzt. Trotz jahrelanger „Sanierungsbemühungen“ für Kohle, Stahl und Schiffbau ist der Krisendruck dort nicht vermindert worden – allerdings mit dem Unterschied, daß die erneute Zuspitzung der Branchenkrisen die betroffenen Konzerne nicht mehr oder nur noch ausnahmsweise in die Verlustzone gebracht hat: Die Konzerne haben sich tatsächlich „sanieren“, die sozialen und ökonomischen Folgen für die Gesamtwirtschaft, insbesondere die Beschäftigten und die betroffenen Regionen, haben sich dadurch jedoch nicht gemindert.

In der eisenschaffenden Industrie lag die Rohstahlproduktion von 40,5 Millionen Tonnen 1985 auf 37,5 Millionen Tonnen im Jahre 1986 zurück. Der Rückgang hält an. Die Beschäftigtenzahl sinkt weiter rapide, zwischen 1980 und Ende 1986 sind in der westdeutschen Stahlindustrie fast 100 000 Arbeitsplätze verlorengegangen. Weitere 50 000 Arbeitsplätze stehen in den nächsten Jahren „zur Disposition“. In der gleichen Zeit erhielten die Stahlkonzerne etwa zehn Milliarden DM an Subventionen. Mit diesen Subventionen und den Erträgen der Stahlproduktion, deren Preise durch die EG-Preispolitik hochgehalten wurden, wurden die Werke einerseits modernisiert, zum anderen aber nutzten die Konzerne die so freierwerbenden Mittel, um zu „diversifizieren“, insbesondere in Richtung Maschinenbau. Während noch im Jahre 1983 von den fünf großen Stahlkonzernen Verluste ausgewiesen worden waren, schlug sich nun die 1986 erneut zugespitzte Stahlkrise nur noch undeutlich in den Bilanzen nieder: Die Stahlkonzerne weisen für 1986 immer noch rund eine Milliarde DM an Bruttogewinnen aus.

In der chemischen Industrie ist es zu einer Auseinanderentwicklung von Produktion und Gewinnen gekommen. Die Umsätze sind zwar stark zurückgegangen, was vor allem mit der Abwertung des Dollars und dem Rückgang der Rohstoffpreise zusammenhängt. In realer Betrachtung ist nur ein geringfügiger Rückgang zu beobachten. Auch für die nähere Zukunft wird real mit keiner wesentlichen

Nettoproduktion in ausgewählten Industriezweigen¹

	3. Vj. 86	4. Vj. 86	Januar	Februar
Produzierendes Gewerbe insges.	+ 1,4	+ 1,0	- 3,6	
Eisenschaffende Industrie	- 12,4	- 10,7	- 18,2	
Chemische Industrie	+ 4,2	+ 0,3	- 10,5	
Maschinenbau	+ 4,0	+ 0,7	+ 0,6	
Straßenfahrzeugbau	+ 4,3	+ 4,6	- 0,9	
Elektrotechnik	+ 3,7	+ 5,5	- 0,2	
EDV-Geräte	+ 1,7	- 11,5	- 0,3	
Textilgewerbe	+ 1,3	- 0,4	- 5,9	
Bekleidungsindustrie	- 1,1	- 2,5	- 7,5	
Bauhauptgewerbe	+ 1,0	+ 7,7	- 30,2	

¹ In % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, Iff.)

Besserung gerechnet. Dementgegen haben sich die Renditen der Unternehmen aber überwiegend verbessert. Die drei großen Chemiekonzerne erwirtschafteten einen ausgewiesenen Bruttogewinn von über neun Milliarden DM und blieben damit nicht hinter den Ergebnissen des glänzenden Vorjahres zurück.

Deutlich verschlechtert hat sich die Absatzlage im **Maschinenbau**. 1986 war die Produktion noch um knapp fünf Prozent gestiegen. Die Auftragseingänge aber gehen seit Mitte 1986 zurück und sind derzeit sowohl im Inlands- wie im Auslandsgeschäft niedriger als in der vergleichbaren Vorjahreszeit. Darin spiegelt sich die international und national abgeschwächte Investitionsdynamik wider. Obwohl der Auftragsbestand immer noch recht hoch ist, nehmen die Meldungen über zu große Fertigwarenlager doch deutlich zu. Im Februar klagten nach Angaben des Ifo-Instituts bereits 18 Prozent der Unternehmen über zu große Lagerbestände.

Ähnlich labil ist die Situation der **Elektroindustrie**. Auch dort sind die Auftragseingänge seit dem letzten Vierteljahr 1986 rückläufig, bei allerdings immer noch hohen Auftragsbeständen. Nach einem Produktionszuwachs um fünf Prozent 1986 – welcher stark durch den Gebrauchsgüterbereich bestimmt war – hofft die Branche derzeit noch auf eine weitere Zunahme um drei Prozent 1987. Dabei geht sie aber davon aus, daß es im Jahresverlauf wieder zu einer Belebung im Export kommt. Trotz der immer noch vergleichsweise günstigen Absatzlage im Gebrauchsgüterbereich nimmt auch dort der Lagerdruck zu: Im Februar klagten 26 Prozent der Unternehmen über zu hohe Fertigwarenlager bei Gebrauchsgütern. Es ist daher zu erwarten, daß die Produktion dem rückläufigen Trend der Aufträge bald folgen wird.

In der **Automobilindustrie** ist es im ersten Quartal 1987 nochmals zu einer kräftigen Produktionssteigerung gekommen – eine Folge der vorgezogenen Bestellungen (Stichwort: Katalysatorautos) zum Jahresende. Trotzdem wird allgemein eine Beruhigung der Pkw-Konjunktur erwartet. Die Zulassungsziffern dürften 1987 leicht sinken, die günstige Situation im Export sich etwas eintrüben. Insgesamt wird mit einem Produktionsrückgang um vier Prozent, bei einem Rückgang der Zulassungen um rund drei Prozent gerechnet. Dabei muß allerdings der anhaltende Trend zum teureren Pkw berücksichtigt werden. Insgesamt aber fällt die „Konjunkturstütze Pkw“ im Jahresverlauf weg.

Trotz der günstigen Konsumkonjunktur sind die Erwartungen der **Textil- und Bekleidungsindustrien** gedämpft. Die Auftragseingänge sind leicht abwärts gerichtet, die Produktion hält sich – vor allem aufgrund der hohen Exporte – noch knapp auf dem Vorjahresniveau. Nachdem die Produktion 1986 um rund zwei Prozent zugenommen hatte – vorwiegend exportbedingt –, sind die Erwartungen für 1987 bestenfalls auf Stagnation gerichtet. Die Beschäftigung geht weiter zurück. Bei einem Vergleich mit 1980 ergibt sich allein für die Textilindustrie 1986

– ein Rückgang der Unternehmenszahl um 350 auf 1270;

– ein Rückgang der Beschäftigtenzahl um fast 80 000 auf knapp 230 000;

– ein Rückgang der Produktion um vier Prozent.

Die anhaltende Krise in der Textil- und Bekleidungsindustrie hat allein zwischen 1980 und 1986 ebensoviel Arbeitsplätze gekostet wie die Stahlkrise.

Große Bedeutung hat nach wie vor die **Bauwirtschaft**, obwohl die konjunkturleitende Funktion dieses Sektors inzwischen im Zuge der strukturell rückläufigen Bautätigkeit verlorengegangen ist. 1986 hat das Bauvolumen nach dem kräftigen Einbruch von 1985 wieder um zwei Prozent zugenommen, wobei der Wohnungsbau – trotz des inzwischen recht großen Reparaturbedarfs – aber weiter gesunken ist. Für 1987 wird eine abermalige Zunahme um rund zwei Prozent erhofft, welche wie schon 1986 ausschließlich auf positive Tendenzen im Wirtschaftsbau und im öffentlichen Bau basieren soll. Allerdings stimmen die Auftragseingänge der letzten Zeit wenig optimistisch: Seit Mitte 1986 gehen die Aufträge wieder zurück, und zwar in allen Bausparten. Für die Beschäftigung sind selbst bei einer Fortsetzung des schwachen Aufwärtstrends keine positiven Impulse zu erwarten.

Ausgesprochen günstig gestaltet sich die Absatzlage des **Einzelhandels**. 1986 hatte der Umsatz real um dreieinhalb Prozent zugenommen, 1987 wird auf einen Zuwachs von zwei bis zweieinhalb Prozent gehofft. Eine starke Stütze ist dabei in der Vergangenheit der Fahrzeughandel gewesen, der 1986 seinen Absatz um 14 Prozent erhöhen konnte. Der Zusammenhang der Umsatzentwicklung im Einzelhandel mit der Entwicklung der Realeinkommen hat sich erneut als sehr eng erwiesen – entgegen Thesen von einer quasi naturwüchsigen Verbrauchersättigung.

Skeptischer als die „amtlichen“ bzw. die Verbandserwartungen hinsichtlich der Entwicklung im produzierenden Gewerbe sind die Prognosen des Ifo-Instituts, die sich auf Unternehmensbefragungen stützen. Hier wird 1987 ein absoluter Produktionsrückgang erwartet.

Produktion in der Industrie¹

	1985	1986	1987 ²
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	+ 5,6	+ 2,5	- 1 bis - 2
darunter:			
Eisenschaffende Industrie	+ 4,7	- 7,8	- 4 bis - 5
Chemische Industrie	+ 2,1	- 0,9	0 bis - 1
Maschinenbau	+ 7,1	+ 5,2	- 2 bis - 3
Elektrotechnik	+ 12,2	+ 5	0 bis - 1
Fahrzeugbau	+ 11,7	+ 5,1	0
Büro- und Datentechnik	+ 24,3	+ 3,5	- 6 bis - 10
Textilgewerbe	+ 3,7	+ 1,3	- 3
Bekleidungsindustrie	- 1,3	- 0,2	- 3

¹ In % gegenüber dem Vorjahr
² Schätzung Ifo-Institut
(Quelle: Wirtschaftskonjunktur, 3/1987)

1.3 Geld- und Kapitalmarkt

Die in den letzten Monaten zu beobachtende Entwicklung auf dem Geld- und Kapitalmarkt zeigt immer mehr, daß die Inanspruchnahme dieser Märkte weniger für den Einsatz der Mittel in der realen Wirtschaft, sondern eher für die Finanztätigkeiten erfolgt. Während die Kreditnachfrage von Unternehmen und öffentlichen Stellen nachläßt und die Neuemissionen von Wertpapieren auf hohem Niveau stagnieren, florieren die Sekundärmärkte, auf denen „alte“ Papiere gehandelt werden, und erzielen immer neue Rekorde. Die konjunkturelle Aufschwungphase zwischen 1983 und 1986 kam insbesondere den gewaltigen Finanzoperationen zugute. Im Nominalwert war der Absatz von ausländischen festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in den beiden genannten Jahren (85,5 und 87,5 bzw. 4,3 und 4,6 Milliarden DM) fast gleichbleibend, während die Börsenumsätze von 69 auf 238, bzw. von 50 auf 82 Milliarden gestiegen sind.

Konsolidierte Bilanz des Bankensystems

	1985	1986	1987 ²	1985	1986	1987 ²
	Dezember	März	März	Veränderungen gegenüber	Veränderungen gegenüber	Veränderungen gegenüber
	Milliarden DM			Vorjahr in %		
Kredite an inländische Nichtbanken	2026,9	2131,3	2120,9	5,0	5,2	3,1
- Unternehmen u. Private	1548,2	1643,0	1638,3	5,4	6,1	3,7
- Öffentliche Haushalte	478,7	488,3	482,6	3,6	2,0	1,0
Netto-Auslandsforderungen	164,1	227,4	252,4	28,0	36,6	46,9
Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten ¹	1229,4	1308,0	1342,6	7,6	6,4	5,8
darunter:						
Spareinlagen und -briefe	368,5	409,1	415,1	6,2	11,0	7,4
Geldvolumen (M ₃)	961,6	1050,7	1030,7	4,9	9,3	7,4

¹ Einschließlich „Zentralbankeinlagen der öffentlichen Haushalte“ und „sonstige Einflüsse“
² Vorläufige Zahlen
 (Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, lfd.)

Im ersten Vierteljahr 1987 verlangsamten sich die Kredite an inländischen Nichtbanken deutlich (vgl. Tabelle Konsolidierte Bilanz des Bankensystems); besonders ausgeprägt war die Entwicklung bei der Kreditnachfrage von Unternehmen und Privaten, deren Zuwachsraten sich fast halbierte: von 6,1 auf 3,7 Prozent zwischen Ende Dezember 1986 und Ende März 1987. Wie die Bundesbank kommentiert: „Aufgrund der außenwirtschaftlich bedingten Anreicherung der Liquidität konnte sich die Wirtschaft eine Neuverschuldung bei den Kreditinstituten teilweise ersparen.“ („Monatsberichte der Deutschen Bundesbank“, Nr. 2, Februar 1987, S. 12)

In der Tat weisen die Nettoauslandsforderungen schon seit etwa zwei Jahren außergewöhnliche Zuwachsraten auf: zwischen März 1986 und März 1987 stiegen sie fast um die Hälfte.

Die Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten ging parallel mit der gedämpften Kreditinanspruchnahme tendenziell zurück. Die Zunahme des Geldvolumens blieb indessen 1986 und im ersten Quartal d. J. sehr hoch; sie spiegelte die rasche Aufstockung der Zentralbankgeldmenge wider, die binnen Jahresfrist um knapp 9 Prozent anstieg.

Auf dem Kapitalmarkt ist der Absatz von Anleihen der öffentlichen Hand ausschlaggebend, auf den die Konsolidierung der öffentlichen Verschuldung in Zeiten niedriger langfristiger Zinssätze zum großen Teil zurückzuführen ist. Im ersten Vierteljahr 1987 waren auch die Neuemissionen von ausländischen Rentenwerten sehr hoch. Auf der Erwerbsseite waren die Ausländer nach der im August 1984 erfolgten Abschaffung der Kuponsteuer, mit der die Zinseinnahmen der Ausländer besteuert wurden, maßgeblich; 1986 erwarben die Ausländer Rentenwerte in Höhe von fast 60 Milliarden DM. Die inländischen Nichtbanken bleiben bei dem Kauf von festverzinslichen Wertpapieren sehr zurückhaltend. Laut „Frankfurter Allgemeiner Zeitung“ gäbe es eine Art von historischem Gedächtnis, welches dieses Verhalten der Privaten erklären dürfte: „Offenbar ließen sich Privatanleger nach wie vor stärker von der historischen Erfahrung leiten, daß Nominalrenditen von weniger als sechs Prozent in den vergangenen 30 Jahren nur zweimal, und dann für relativ kurze Zeit, zu beobachten waren.“ („FAZ“, 28. April 1987)

Der Absatz an Aktien inländischer Emittenten bleibt weiterhin verhalten: sein Nominalwert bewegt sich jährlich um 4 Milliarden und liegt damit nur wenig höher als in Zeiten von Wirtschaftsabschwung und Baissestimmung an der Börse; im ersten Vierteljahr 1987 hat er sich sogar halbiert: Auf Jahresbasis gerechnet sind die Nettoemissionen auf 2,4 Milliarden DM geschrumpft.

Bei den Kapitalanlagegesellschaften ist die Kauflust weiterhin auf die Rentenfonds gerichtet: Hier war das Mittelaufkommen 1986 mit 12 Milliarden fast dreimal so hoch wie 1984. Bei den Aktienfonds setzt sich dagegen der seit Jahren beobachtete Nettoverkauf von Investmentzertifikaten, wenn auch auf niedrigerem Niveau, weiter fort: eine halbe Milliarde DM, wie im Vorjahr.

Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren (Milliarden DM)

	1984	1985	1986	1987 ¹
	Jahr	Jahr	1. Vj.	1. Vj.
Anleihen der öffentlichen Hand	36664	42738	57774	18096
Kommunalobligationen	19425	18446	13121	10729
Sonstige Bank-schuldver-schreibungen	15213	14568	16390	7887
Industrie-obligationen	-201	298	200	-51
Ausländische Rentenwerte	15710	27145	16375	1686
Absatz = Erwerb insgesamt	86811	103195	103860	38347
darunter:				
Kreditinstitute	26468	32731	31297	6784
Inländische Nichtbanken	49974	39340	12806	11769
Ausländer	13818	31460	58689	19415

¹ Vorläufige Zahlen
 (Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, lfd.)

Wie die Tabelle zeigt, stehen nach der Diskontherabsetzung durch die Bundesbank von 3,5 auf 3 Prozent Ende Januar die Zinsen auf Kontokorrentkredite unter einem neuen Druck, so daß sie im ersten Vierteljahr 1987 auf 6,85 Prozent zurückgingen. Weniger ausgeprägt bleibt der Rückgang bei den Renditen von Anleihen der öffentlichen Hand; das wird von der Zentralbank so erklärt: „Die Resistenz des Zinses für langfristige Anlagen hängt zum einen mit ‚Attentismus‘ inländischer Nichtbanken als Kapitalanleger zusammen, möglicherweise aber auch damit, daß bei dem erreichten Ausmaß der DM-Aufwertung der Zustrom von Auslandskapital in jüngster Zeit etwas abgeflaut ist.“ („Monatsberichte“ zitiert, S. 14)

Zinsen, Rendite und Kurse am Kredit- und Kapitalmarkt

Zeit	Kontokorrent-kredite ¹	Rendite von Anleihen der öffentl. Hand	Index der Aktien-kurse ²
	in %		30. 12. 1980 = 100
1985			
1. Vj.	8,22	7,4	175,2
2. Vj.	8,22	7,1	192,3
3. Vj.	7,80	6,5	213,8
4. Vj.	7,52	6,5	255,4
1986			
1. Vj.	7,35	6,1	295,7
2. Vj.	7,04	5,7	302,2
3. Vj.	7,04	5,8	289,4
4. Vj.	7,00	6,0	295,5
1987			
1. Vj.	6,85	5,7	262,9

¹ Auf Kredite von 1 bis 5 Millionen DM
² Statistisches Bundesamt
 (Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, lfd.)

Nach einem uneinheitlichen, aber im ganzen positiven Verlauf im Jahre 1986 kam es bei den Aktienkursen im ersten Quartal 1987 zu einer Flaute, die sich auch im April und Mai fortsetzte. Obwohl die Gewinnsschätzungen der Bankanalysten für die börsennotierten Aktiengesellschaften Ende 1986 im Durchschnitt höhere Gewinnvorhersagen für 1987 enthielten, bleibt die Stimmung am Aktienmarkt eher gedrückt.

1.4 Investitionen

Die viel diskutierte Investitionsdynamik ist trotz der drastischen Verbesserung der Unternehmensgewinne im gesamten, 1980/81 mit der letzten Krise einsetzenden Zyklus sehr schwach geblieben. Klammert man Preisveränderungen aus, so lagen die gesamtwirt-

schaftlichen Investitionen 1986 immer noch unter dem Vorkrisenstand von 1980.

Gesamtwirtschaftliche Investitionen 1980 bis 1987¹

	Insgesamt	Unternehmen	darunter:		
			Staat	Bauten	Ausrüstungen
1980	336	283	53	208	127
1981	320	272	48	198	122
1982	303	259	43	189	114
1983	312	273	40	193	120
1984	315	276	39	196	119
1985	314	275	39	183	131
1986	324	283	41	188	137
1987 ²	330	287	43	192	140

¹ Mrd. DM, in Preisen von 1980
² Prognose von DIW und Ifo-Institut
 (Quelle: Wirtschaft und Statistik, 3/1987; DIW-Wochenbericht 16/1987)

Der Beitrag des Staates zur Investitionstätigkeit ist im übrigen in der Tabelle unterzeichnet. Es handelt sich dabei nur um die Gebietskörperschaften, also Bund, Länder und Gemeinden. Hinzuzurechnen sind die öffentlichen Unternehmen, die zusammen ein Investitionsvolumen von etwa 50 Milliarden bestreiten. Etwa ein Viertel der gesamtwirtschaftlichen Investitionen entfallen also auf den öffentlichen Bereich.

Es ist immerhin auffallend, daß die breite Einführung der neuen Technologien, die in den achtziger Jahren enorm an Tempo gewonnen hat, das Investitionsvolumen gesamtwirtschaftlich kaum ausgedehnt hat. Bemerkenswert ist eine Umstrukturierung zugunsten der Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen vor allem in der verarbeitenden Industrie. Die Investitionsdynamik dort hat sich allerdings nicht so stark beschleunigt, daß Rückgänge in anderen Sektoren, darunter dem Wohnungsbau (das Investitionsvolumen dort lag 1986 mit 87 Milliarden um 14 Milliarden unter dem Stand von 1980) ausgeglichen werden konnten.

Die Investitionsdynamik auch im Bereich der Industrieunternehmen hat sich zudem schon Ende 1986/Anfang 1987 wieder stark vermindert. Die saisonbereinigten Zahlen zeigen, daß die Unternehmen ab Mitte 1986 ihre Investitionspläne gekürzt haben. Dies war eine Reaktion auf die Stagnation bei den Exporten insbesondere von Investitionsgütern. Erneut zeigt sich, daß die Unternehmen auch bei extrem günstiger Ertragslage mit ihren Investitionen unmittelbar auf die Absatzlage reagieren. Dies wird auch an der Kapazitätsauslastung deutlich, die inzwischen rückläufig ist.

Kapazitätsauslastung in der Industrie¹

Jahr	März	Juni	September	Dezember
1983	75,8	78,3	78,8	80,5
1984	81,1	76,5 ²	82,3	82,6
1985	82,9	84,6	84,5	85,1
1986	84,2	84,8	85,1	84,7
1987	83,6			

¹ In % der betrieblichen Vollaustattung
² Verzerrung durch Arbeitskampf
 (Quelle: Ifo-Schnelldienst)

Während der Rückgang im Konsumgüterbereich nur schwach ausfiel, hat er sich vor allem bei den Investitionsgütern beschleunigt. Dort war der Auslastungshöchstwert schon Ende 1985 mit 86,3 Prozent erreicht gewesen – im März 1987 war er mit 83,4 Prozent fast drei Prozent niedriger. Werte wie in den siebziger Jahren mit um 90 Prozent Kapazitätsauslastung werden seit der Krise 1974/75 ohnehin nicht erreicht.

Die Ifo-Unternehmensbefragung „Prognose 100“ weist für 1987 noch geplante reale Investitionszunahmen von etwa sechs Prozent aus – seit Anfang 1987 (damals wurden die Pläne erfragt) dürften die Investitionsvorhaben aber nach Ansicht des Instituts weiter reduziert worden sein. Gleichzeitig ergab die Befragung, daß die Unternehmen wieder stärker im Ausland investieren wollen. „Insgesamt ist damit zu rechnen, daß die ausländischen Töchter und Niederlassungen jetzt stärker wachsen als ihre Stammhäuser in der Bundesrepublik.“ (Ifo-Schnelldienst 10-11/87, S. 11) So wollen die

Unternehmen der Industrie nach den Befragungsergebnissen von Anfang des Jahres ihre Beschäftigtenzahlen zwischen 1986 und 1991 jahresdurchschnittlich im Inland um 0,2 Prozent anheben, in den Auslandsbetrieben aber ist eine Expansion um 1,9 Prozent jährlich geplant. Die Verschlechterung der Aussichten seit Jahresbeginn dürfte inzwischen die inländischen Beschäftigungspläne weiter reduziert haben. Die Befragungsergebnisse zeigen deutlich, daß der Investitionszyklus 1987/88 auslaufen wird, was den Übergang in eine neue zyklische Krise wahrscheinlich werden läßt.

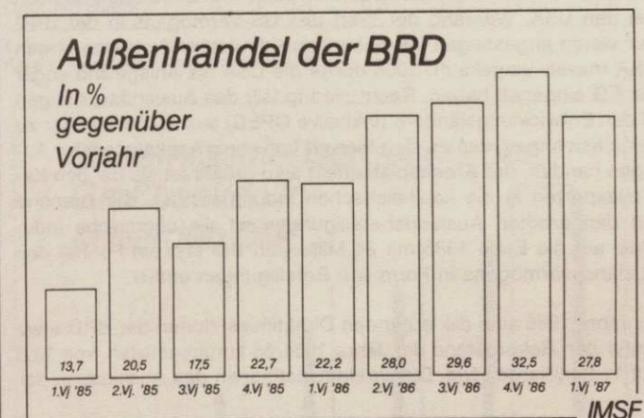
1.5 Außenwirtschaft

Die Überschüsse, die die Bundesrepublik im Außenhandel mit Waren erzielt, steigen immer noch an. Die Defizite, die beim Dienstleistungsverkehr (Tourismus) und bei sonstigen Übertragungen (z. B. EG-Zuschüsse) entstehen, werden dadurch weit überkompensiert, die Leistungsbilanz der Bundesrepublik ist hoch positiv, d. h., es findet ein laufender Zustrom von Finanzmitteln in die Bundesrepublik statt. Ein Teil dieser Mittel fließt im Rahmen von Kapitalexport (Direktinvestitionen, Wertpapieranlagen usw.) wieder ab. Gleichzeitig werden jedoch auch umfangreiche ausländische Kapitalanlagen in der Bundesrepublik getätigt. Insgesamt aber ist die Bundesrepublik per saldo derzeit ein Kapitalexportland, die im Handel erwirtschafteten Devisenüberschüsse werden in Form von Kapitalanlagen im Ausland rentierlich angelegt.

Außenhandel der BRD

	Exporte		Importe		Saldo	
	in Mrd. DM	% ¹	in Mrd. DM	% ¹	in Mrd. DM	%
1. Vj. 85	133,8	+11,4	120,2	+9,7	+13,7	+20,2
2. Vj. 85	138,8	+20,6	118,3	+11,1	+20,5	+138,4
3. Vj. 85	130,8	+10,8	113,2	+6,9	+17,5	+43,4
4. Vj. 85	138,5	+2,5	114,9	+1,6	+22,7	+3,6
1. Vj. 86	130,3	-2,6	108,0	-10,1	+22,2	+62,0
2. Vj. 86	135,0	-2,7	107,0	-9,6	+28,0	+36,6
3. Vj. 86	126,1	-3,6	96,5	-14,8	+29,6	+69,1
4. Vj. 86	135,1	-2,5	102,6	-10,7	+32,5	+43,2
1. Vj. 87	127,3	-2,3	99,5	-7,7	+27,8	+11,4

¹ In % gegenüber dem Vorjahr
 (Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)



Derzeit gehen Exporte und Importe in nominaler Rechnung zurück, die Importe aber rascher als die Exporte, so daß der Überschub steigt. Rechnet man zu festen Preisen, so ändert sich das Bild. Real liegen die Importe im ersten Quartal 1987 um fünf Prozent, die Exporte um ein Prozent unter dem Vorjahresstand, so daß der Überschub in realer Rechnung zurückgeht. Dies hängt einfach damit zusammen, daß die Importpreise stark zurückgegangen sind, die Exportpreise aber nur geringfügig.

Das Auseinanderklaffen von realer und nominaler Entwicklung drückt eine deutliche Verbesserung der internationalen Austauschverhältnisse („Terms of Trade“) aus: Die Bundesrepublik erhält im internationalen Austausch für ihre Exportwaren mehr Importwaren.

Terms of Trade der Bundesrepublik¹

Jahr	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987 ²
	100	93,4	96,9	98,5	96,3	97,5	112,1	116,3

1 Index 1980 = 100
2 Februar 1987
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, Ifd.)

Der Indexstand von etwa 116 im Februar 1987 besagt, daß in diesem Monat für den Erlös einer bestimmten Menge an Exportwaren etwa 16 Prozent mehr an Importwaren gekauft werden konnten – verglichen mit der Situation im Jahre 1980.

Die hohen Überschüsse der Bundesrepublik im Warenhandel haben teilweise dazu gedient, die internationale Position der westdeutschen Unternehmen zu stärken, um im Rahmen von Kapitalexporten und Direktinvestitionen Auslandsfilialen zu kaufen oder aufzubauen. Seit Mitte der siebziger Jahre übersteigt das deutsche Unternehmensvermögen im Ausland die entsprechenden ausländischen Unternehmensbeteiligungen in der Bundesrepublik.

Summe der Direktinvestitionen¹

	Vermögensbilanz 1976		Vermögensbilanz 1985	
	BRD-Vermögen im Ausland	Auslandsvermögen in BRD	BRD-Vermögen im Ausland	Auslandsvermögen in BRD
Insgesamt	43,5	63,5	131,1	88,3
darunter:				
EG-Länder	16,1	21,9	43,9	26,7
USA	5,3	26,0	39,3	34,1
Sonstige kapitalistische Länder	13,7	13,6	29,7	23,0
Entwicklungsländer	8,4	1,3	18,1	3,0

1 In Milliarden DM
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 3/1987)

Den Angaben in der Tabelle, die auch reinvestierte Gewinne enthalten, basieren auf Meldungen der Unternehmen über die entsprechenden Buchwerte in den Bilanzen. Die absoluten Angaben dürften daher weit untertrieben sein, da in den Buchwerten der Bilanzen in der Regel „stille Reserven“ enthalten sind, die wirklichen Werte also zumeist höher sein dürften. Die „Trendwende“, durch die die Bundesrepublik zu einem Kapitalexportland auf dem Gebiet der Direktinvestitionen geworden ist, zeigt sich besonders deutlich bei den USA. Während der Wert des US-Vermögens in der BRD nur wenig angestiegen ist, haben sich deutsche Konzerne in den USA massiv eingekauft. 1986 dürfte die USA als Anlageland sogar die EG eingeholt haben. Recht niedrig fällt das Auslandsvermögen in den Entwicklungsländern (inklusive OPEC) aus. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß es sich hier oft um wenig kapitalintensive Anlagen handelt, der Arbeitsplatzeffekt also größer ist als bei den Kapitalexporten in die kapitalistischen Industrieländer. Die Branche mit den größten Auslandsbeteiligungen ist die chemische Industrie, auf die Ende 1985 mit 24 Milliarden DM fast ein Fünftel des Auslandsvermögens in Form von Beteiligungen entfiel.

Im Jahre 1986 sind die laufenden Direktinvestitionen der BRD etwa hinter den Rekordstand der Jahre 1984/85 zurückgefallen, von 13,6 auf 11,2 Milliarden DM. Die Direktinvestitionen des Auslands in der

Westdeutsche Direktinvestitionen¹

Jahr	Insgesamt in Mrd. DM	Anteile in Prozent	
		Industrieländer	Entwicklungsländer
1970	3,5	76,3	23,7
1975	5,2	71,6	28,4
1980	8,2	86,7	13,6
1981	9,8	76,6	23,3
1982	9,8	77,5	22,5
1983	7,8	70,2	29,8
1984	9,3	85,0	15,0
1985	13,6	97,3	2,6
1986	11,2	94,0	6,0

1 Jährliche Nettotransferleistungen, d. h. Bruttokapitalexporte in Form von Direktinvestitionen abzüglich Rückflüsse aus Auflösung von Beteiligungen usw.
(Quelle: Ifo-Schnelldienst, 13/1986, S. 4/5; Pressemitteilungen)

BRD sind angestiegen, von 3,6 auf 5,8 Milliarden DM, so daß der positive Saldo der BRD von 10 Milliarden auf 6,4 Milliarden zurückgefallen ist. Trotzdem wurde das Niveau vom Anfang der achtziger Jahre weit übertroffen.

Der Anteil der Entwicklungsländer ist weiter niedrig geblieben. Kapitalexport mittels Direktinvestitionen bleibt eine Erscheinung der Kapitalverflechtung in erster Linie zwischen entwickelten kapitalistischen Ländern.

1.6 Verschuldung der Dritten Welt

Obwohl das Thema der internationalen Verschuldung nur sporadisch – meist anlässlich neuer Umschuldungsverhandlungen – in den Schlagzeilen auftaucht, ist die Lage für die betroffenen Schuldnerländer komplizierter als je zuvor. Dies zeigen schon die äußeren Daten, die zudem noch nicht einmal vollständig sind.

Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer¹

	1981	1982	1983	1984	1985	1986
Langfristige Schulden	568	646	711	754	830	917
darunter gegenüber:						
öffentlichen						
Gläubigern	221	248	274	298	340	400
Banken	195	228	272	293	335	359
sonstigen Privaten	152	170	165	163	155	158
Kurzfristige Schulden	178	204	189	193	179	180
Schulden insgesamt	746	850	900	947	1009	1097
Zinszahlungen	72	81	76	84	79	74
Tilgung	55	57	51	59	62	73
Schuldendienst insgesamt	127	138	127	142	141	147
Schuldendienstquote ²						
Alle Schuldner	16,1	19,5	18,9	20,1	20,6	22,4
15 Hauptschuldnerländer	39,0	49,4	42,3	41,3	39,2	44,4

1 In Milliarden Dollar, ohne Verschuldung gegenüber dem Internationalen Währungsfonds (IWF = ca. 40 Milliarden Dollar)
2 Anteil der Schuldendienstzahlungen an den Exporteinnahmen
(Quelle: Weltbank, It. Handelsblatt v. 6. 5. 1987)

Gerechnet in Dollarmilliarden sind die Schulden 1986 rascher gestiegen als in den Vorjahren, lediglich 1982 (also dem Jahr des Ausbruchs der akuten Krise) war die Zunahme stärker. Trotzdem zögert man derzeit, von einer Schuldenkrise zu sprechen – und zwar, weil die Gläubiger (Banken, Staaten und IWF) offensichtlich inzwischen in der Lage sind, die Rückwirkungen der Schuldenproblematik auf die kapitalistischen Länder zu kontrollieren.

Katastrophal bleiben die Wirkungen für die verschuldeten Länder, auch wenn derzeit noch die insgesamt etwas günstigere internationale Konjunkturlage Probleme überdecken kann. Tatsächlich findet ein steigender Finanztransfer aus der Dritten Welt in die kapitalistischen Industrieländer statt. Er belief sich nach Angaben des IWF 1986 auf 29 Milliarden Dollar, gegenüber 26 Milliarden im Vorjahr. Auch der IWF selbst, der eigentlich den betroffenen Ländern Erleichterungen verschaffen soll (wenigstens was die Finanzströme betrifft), saugt derzeit unterm Strich unmittelbar Gelder ab: 2,1 Milliarden Dollar im Jahre 1986. Das hungernde Afrika hatte im vergangenen Jahr netto 400 Millionen an den Fonds zu überweisen. Wohl gemerkt: Hier handelt es sich lediglich um Transfers im Zusammenhang mit der Verschuldung, weder der Profittransfer im Rahmen von Kapitalbeteiligungen noch der Ressourcentransfer als Folge des Preisverfalls von Rohstoffen sind mitgerechnet.

Der im letzten Jahr mit großem Aufwand propagierte Baker-Plan ist seiner Substanz nach gescheitert: Es sollten nämlich die Banken dazu veranlaßt werden, der Dritten Welt neue Mittel zuzuführen. Diese haben sich geweigert, sie bemühen sich vielmehr, besonders „faule“ Kredite loszuwerden. Die Parole heißt derzeit „Schul-

den-Swap“. Dabei geht es im Kern darum, Kredite in Unternehmensbeteiligungen umzuwandeln. Dies ist im großen Umfang aber bislang nicht in Gang gekommen. Denn natürlich wollen die Gläubiger nur rentierliche Unternehmen in der Dritten Welt übernehmen – und gerade daran hapert es dort, nicht zuletzt wegen der Schuldenkrise. Die gewinnträchtigen Bereiche sind ohnehin meist in ausländischer Hand. Zudem dürfte der Entlastungseffekt für die betroffenen Länder kaum mehr als optisch sein: Auch die neuen Eigentümer der Firma wollen Profite machen und werden diese Profite zum größten Teil transferieren wollen. Ein Beispiel für so einen „Debt-for-Equity“-Tausch ist der Erwerb eines Anteils an einer Luxus-Hotel-Kette in Mexiko, mit dem die American-Express-Bank einen mexikanischen 100-Millionen-Dollar-Kredit abgelöst hat. In diesem Fall werden sogar zusätzliche Investitionen getätigt – allerdings um den Preis einer weiteren Deformation der mexikanischen Wirtschaft. Unterm Strich aber wird dieser Weg in den Ausverkauf der nationalen Wirtschaft den verschuldeten Ländern auch kurzfristig keine Entlastung bringen. Das Ifo-Institut meint dazu: „In der Sache würde dies nicht viel ändern, da die Banken ohnehin die zugrunde liegenden Produktivvermögen als Sicherheit ‚gehören‘. Das Problem ist die mangelnde Werthaltigkeit der Produktivvermögen, die Tatsache, daß die betreffenden Betriebe nicht oder nicht erfolgreich arbeiten“ (Ifo-Schnelldienst, 1–2/1987).

Die Katze beißt sich da in den Schwanz, wo dieses Problem dadurch gelöst werden soll, daß öffentliche Institutionen die Garantie für die Rentierlichkeit der so eingetauschten Beteiligungen übernehmen (Fachbegriff: „Guaranteed Recovery of Investment Principal“). Im Kern geht es darum, daß der „Investor“ sein Geld zurückbekommt, wenn seine Investition sich nicht rentiert. Und das alles unter der Parole von Wettbewerb und Unternehmerrisiko! Man könnte solche komplizierten und verlustreichen Umwege natürlich sparen, wenn man die betroffenen Länder entschuldete und damit die derzeitige Hauptlast ihrer Ökonomie mildert – dazu aber sind weder Banken noch die Regierungen der Gläubigerländer bereit. Damit würden sie ja einen wichtigen Hebel aus der Hand geben, mit dem die Schuldnerländer ökonomisch und politisch erpreßbar gehalten werden können. Und dies ist mittlerweile wohl der Kern des Verschuldungsproblems.

2 Unternehmergewinne

Nach einer Veröffentlichung der Dresdner Bank („Wirtschaftsberichte“, April 1987) liegt die Eigenkapitalrendite von Industrieaktiengesellschaften seit einigen Jahren zwischen 10 und 11 Prozent jährlich. Vor dem Hintergrund niedriger Inflationsraten (die Industriepreise stiegen 1983 bis 1986 insgesamt nur um zwei Prozent) ist das eine enorme Verzinsung. Gleichzeitig sind die Zinsen für Kapitalanlagen eben wegen der niedrigen Inflationsrate gesunken. Das hat nach den Worten der Dresdner Bank Industrieinvestitionen wieder „interessant“ gemacht.

Hierin sollte noch kein Beleg für jene These gesehen werden, wonach hohe Investitionen eine Folge hoher Profite sind. Nach wie vor wird die Masse der Unternehmenserlöse betriebsfremd angelegt. 91 Prozent der Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen wurden 1986 auf solche Weise verwendet (siehe hierzu ausführlich INFORMATIONEN 1/1987, S. 8). Dabei kommt zunehmend das Ausland ins Visier: Die bundesdeutschen Wertpapierkäufer legten ihr Geld zu 90 Prozent im Ausland an (Handelsblatt vom 28. 4. 1987).

Entsprechend schwer nachvollziehbar ist eine Berechnung des Instituts der Deutschen Wirtschaft, Köln. Dort wurde der für eine „Vollbeschäftigungsstrategie“ nötige Investitionsbedarf geschätzt: Derzeit fehlen gut 1,5 Millionen Arbeitsplätze (daß es in Wirklichkeit mehr sind, sei nur angemerkt), und weil die Kapitalkosten pro Arbeitsplatz stiegen, seien wachsende Investitionen in Sachanlagen erforderlich. Das Unternehmerinstitut stellt dem die von der Bundesregierung „projektierte“ Investitionssumme bis 1990 gegenüber und kommt zu einer wachsenden Lücke. Diese diene (die Untersuchung wurde während der Metall- und Drucktarifrunde veröffentlicht) als Argument dafür, die Arbeitsplätze intensiver zu nutzen, d. h. die Arbeitszeiten zu verlängern. Selbst wenn man aber die Pro-

gnosen akzeptiert, braucht man nur die entnommenen Gewinne aus den Unternehmen dagegenzustellen, um zu sehen, daß die „Investitionslücke“ nichts weniger als ein Finanzierungsproblem ist:

Die „Investitionslücke“ (in Mrd. DM)

Jahr	„notwendige“ Investitionen ¹	voraussichtl. Investitionen ²	Differenz	entnommene Gewinne ³
1985	359	359	—	364
1986	417	385	32	402
1987	479	414	65	399
1988	545	444	101	420
1989	614	476	138	440
1990	689	512	178	460

1 Nach Meinung des IW für eine Vollbeschäftigungsstrategie notwendige Investitionssumme
2 Projektion der Bundesregierung
3 Für 1987: DIW-Schätzung; für 1988–1990 eigene Projektion
(Quelle: Handelsblatt, 29. 2. 1987; Wirtschaft und Statistik, Ifd.)

Festzuhalten bleibt, daß 1986 erneut ein Jahr extrem hoher Profite gewesen ist. Das wird durch die meisten der im Frühjahr veröffentlichten Geschäftsberichte von Konzernen bestätigt. Spitzenreiter waren – wie seit Jahren üblich – die Banken. Auch wenn es wie Asche im Mund wirkt, muß betont werden: Die unsäglichen Profite insbesondere der Großbankengruppe sind ein schwer zu überbietender Skandal, denn sie stammen zu erheblichen Teilen aus schlichter Räuberei am Massenpublikum. Eine durch nichts gerechtfertigte Differenz zwischen Soll- und Habenzinsen, die bewußte Verzögerung der Gutschrift von Überweisungen und andere Praktiken erbringen Milliarden. Der Rest stammt zum guten Teil aus der Staatsverschuldung (Zinszahlung der öffentlichen Hände 1986: 59 Mrd.) und der Dritten Welt sowie aus monopolkapitalistischer Transaktionen (wie z. B. dem Flick-Deal der Deutschen Bank – siehe hierzu unten).

Banken müssen nach dem Bilanzrecht nicht ihre gesamten bilanzierten Profite ausweisen, sondern nur ein „Teilbetriebsergebnis“. Allerdings werden die Gesamtprofite regelmäßig geschätzt. Danach ergibt sich folgendes Bild:

Gesamtbetriebsergebnis der Großbanken in Milliarden DM¹

	1981	1982	1983	1984	1985	1986
Deutsche Bank	1,5	2,5	2,8	3,7	4,0	5,1
Dresdner Bank	0,6	1,1	2,2	2,2	2,6	2,9
Commerzbank	0,2	0,5	0,8	1,1	1,5	1,6

1 Geschätzt auf der Grundlage der Geschäftsberichte
(Quelle: Jahresabschlüsse, Presseberichte)



In fünf Jahren haben sich die Profite der drei größten Banken mehr als vervierfacht. Diese wären inzwischen in der Lage, die Haushalte einzelner Bundesländer aus ihrem laufenden Geschäft zu finanzieren. Das Geschäftsvolumen der Deutschen Bank (262 Mrd.) entspricht der Größenordnung des Bundeshaushalts.

Die seit Jahren besonders gute Profitentwicklung hinderte die Ban-

ken nicht, gegenüber den Beschäftigten so knauserig und rücksichtslos wie gewohnt zu verfahren. Durch ihre ultimative Verfahrensweise in den Tarifverhandlungen provozierten sie im April und Mai Warnstreiks und Urabstimmungen (näheres siehe Abschnitt 3.5 in diesem Heft). Es gibt kaum eine Branche, in der klarer bewiesen wird, daß das Lohn- und Gehaltsniveau nicht von der Gewinnlage, sondern vom Organisationsgrad der Beschäftigten und der Kampfkraft der Gewerkschaften abhängt.

Bei der Deutschen Bank hat im vergangenen Jahr der Ankauf und Wiederverkauf der Flick-Aktien besonders zu Buche geschlagen. Er brachte rund eine Milliarde in die Kasse. Eine Milliarde – das war der Stand vom Frühjahr 1987, als die Jahresabschlüsse vorgelegt wurden. Inzwischen wurde bekannt, daß die Bank bei diesem „Flick-Deal“ einen Dreh gefunden hatte, wie sie nachträglich die Finanzämter prellen kann. Weil sie den Aktientransfer über eine Tochterfirma abwickelte, konnte sie Ende April 1987 zwei Milliarden Steuern zurückverlangen. Die Finanzierung dieser Summe durch den Bund und das Land NRW stellte offensichtlich kein Problem dar. Wenn hingegen Gelder für ein wirksames Beschäftigungsprogramm, für den Ausbau sozialer Leistungen oder für Neueinstellungen im öffentlichen Dienst gefordert werden, wird auf die leeren Kassen verwiesen.

Es sind fast immer solch spektakuläre Vorgänge wie diese, bei denen bekannt wird, wie schamlos der Staat die Monopole aus der Steuerkasse bedient. Ein anderes Beispiel aus diesem Frühjahr war die Daimler-Benz-AG, die durch das Boxberg-Urteil in die Presse kam, wobei bekannt wurde, daß die Stuttgarter Landesregierung dem Konzern für den Neubau eines Werkes in Rastatt 160 Millionen hinterherwirft. Beim Konkurs der Maxhütte in Sulzbach-Rosenberg wurde bloßgelegt, daß Klöckner allein in den achtziger Jahren etwa 250 Millionen „zur Sicherung der Arbeitsplätze“ ebendort kassiert hat (selbstverständlich muß die Summe trotz offensichtlicher Zweckentfremdung nicht zurückgezahlt werden).

Anläßlich der Fertigstellung des ersten 4-Megabit-Chips gab im Frühjahr Minister Riesenhuber stolz bekannt, daß Siemens und Philips hierfür 340 Millionen, knapp 40 Prozent der Forschungs- und Entwicklungskosten, bezahlt bekamen. Die niederländische Regierung butterte weitere 160 Millionen DM zu. Die Profite werden Siemens und Philips allein kassieren.

Vor dem Hintergrund der Profitentwicklung 1986 war es makaber, daß seitens der Kapitalvertreter inner- und außerhalb der Regierung die angeblich zu hohen Steuerbelastungen der Unternehmer bejammert wurden. Gleichwohl bildete diese Frage ein zentrales Element der Diskussion um jene Steuerreform, über die im April 1987 befunden wurde (vgl. Abschnitt 3).

3 Lage der Arbeiterklasse

3.1 Löhne und Gehälter

Die Tarifabschlüsse der letzten Monate lagen im Lohnbereich mit durchschnittlich dreieinhalb Prozent etwa auf dem Niveau des Vorjahres. Da aber im letzten Jahr zahlreiche Arbeitszeitverkürzungen wirksam geworden waren, hatten sich die tariflichen Stundenlöhne stärker erhöht als die Monateinkommen. Diese Differenz ist geringer geworden.

Während sich die tarifliche Einkommensentwicklung gegenüber dem Vorjahr kaum verlangsamt, verändert sich das Bild sowohl bezüglich der Summe der Löhne und Gehälter als auch bezüglich der Kaufkraft erheblich. Dies hat sowohl etwas mit dem erneuten Aufle-

Tariflohn- und -gehaltsniveau¹

1986					1987
1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	
+2,9	+3,7	+3,7	+3,7	+3,6	

¹ Auf Monatsbasis, in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.)

ben inflationärer Tendenzen als auch mit der Steuerprogression zu tun. Auch nimmt die Beschäftigung langsamer zu als im Vorjahr, die Kurzarbeit steigt an. Die Revision der Wirtschaftsprognosen nach unten drückt auch die Erwartungen hinsichtlich der Einkommensentwicklung.

Reallohnentwicklung¹

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987 ²
Bruttolohn- und -gehaltssumme	+8,6	+4,2	+2,1	+1,5	+3,0	+3,7	+5,0	+3,5
Nettolohn- und -gehaltssumme	+6,8	+3,8	+1,0	+0,5	+1,8	+2,3	+5,3	+2,0
Je Beschäftigten	+5,2	+4,5	+2,9	+2,8	+1,7	+1,5	+4,2	+1,5
Inflationsrate	+5,5	+5,9	+5,3	+3,0	+2,4	+2,2	-0,2	+0,5
Realeinkommen je Beschäftigten	-0,3	-1,4	-2,4	-0,7	-0,7	-0,7	+4,4	+1,0

¹ Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr, lt. Neuberechnung des Statistischen Bundesamtes
² Prognose des DIW und des Ifo-Instituts
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, Ifd.; DIW-Wochenbericht 16/1987)

Demnach wird es im ersten Halbjahr 1987 – dank der stabilen Preise – noch einen Zuwachs des Reallohns geben, aber schon im zweiten Halbjahr wird die Kaufkraft der Arbeitseinkommen je Beschäftigten kaum noch über dem entsprechenden Vorjahresstand liegen. Denn dann wird das Preisniveau die vergleichbaren Werte wieder deutlich übersteigen und die Kaufkraft aushöhlen.

Eine große Rolle spielt der sprunghafte Anstieg der Abzüge von Lohn und Gehalt, also der Lohnsteuern und der Sozialabgaben. Diese Abgaben sind über die gesamten achtziger Jahre hinweg stärker angestiegen als die Brotlohnarbeitseinkommen, im abgelaufenen Jahr haben sie sogar nur geringfügig zur Entlastung beigetragen.

Während die Bruttolohn- und -gehaltssumme zwischen 1980 und 1987 (Schätzung) um etwa 25 Prozent (175 Milliarden) angestiegen ist, hat sich die Summe der Lohnabzüge um 43 Prozent (87 Milliarden DM) erhöht. Anders ausgedrückt: Im Durchschnitt der Jahre 1981 bis 1987 floß die Hälfte der Einkommensverbesserungen in die Kassen des Staates und der Sozialversicherungen. Die Behauptung, die konservative Bundesregierung habe die Löhne und Gehälter entlastet, hält einer Überprüfung nicht stand.

3.2 Preise

Die Periode rückläufiger Verbraucherpreise war im April 1987 beendet: Der Index der Lebenshaltungspreise für alle Haushalte, die „Inflationsrate“, wurde wieder positiv. Trotzdem wirkt der Rückgang der Energiepreise (außer Strom) immer noch im hohen Grade entlastend. Heizöl war um etwa 30 Prozent, Gas um etwa 25 Prozent billiger als im Vorjahr, während die Mieten weiter steigen im jährlichen Rhythmus von etwa zwei Prozent. Entlastend wirken auch die Nahrungsmittelpreise: Der Preisindex für diese Güter liegt derzeit leicht unter dem Vorjahresstand, die meisten Lebensmittel sind bil-

Lebenshaltung 1987

	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr	
	Vormonat	Vorjahr
Januar	+0,4	-0,8
Februar	+0,1	-0,5
März	0,0	-0,2
April	+0,2	+0,1

¹ Alle Haushalte, Preisbasis 1980
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, Ifd.)

liger zu haben als im Vorjahr. Dabei ist allerdings mit zu berücksichtigen, daß diese Preisstabilität mit hohen Aufwendungen für die Marktunterstützung im Rahmen der EG-Agrarpolitik erkauft wird. Aufwendungen, die nur zum Teil den Bauern zugute kommen – denn die Subventionen fließen zu einem großen Teil an die Vermarktungsorganisationen. Außerdem verursachen die Lagerung und Vernichtung der Überschüsse ebenfalls hohe Kosten.

Der Entlastungseffekt der niedrigen Ölpreise wird in den nächsten Monaten rasch an Einfluß verlieren. Es ist der OPEC mit ihren Beschlüssen gelungen, das extrem niedrige Preisniveau zu stabilisieren, es erscheint nicht mehr unmöglich, daß demnächst in einer neuen Preisrunde wieder die Marke von 20 Dollar je Barrel (= 159 Liter) überschritten wird.

Ölpreisentwicklung¹

Sorte	Nov. 85	Dez. 85	März 86	April 86	Mai 86	Mai 87
Brent Blend, Spotpreis	29,00	26,50	11,60	12,70	14,85	18,70
Crude Oil, New York, Terminpreis, letzter Termin	29,75	26,88	11,44	13,70	16,15	19,40

¹ 1 Dollar je Faß (= 159 Liter), jeweils zum Monatsende bzw. (Mai) Monatsmitte
(Quelle: Handelsblatt, Ifd.)

Die Bundesrepublik befindet sich allerdings noch in der günstigen Situation, daß der niedrige Dollarkurs – er hält sich seit Januar derzeit auf einem Stand von etwa 1,80 DM je Dollar – die Einfuhrpreise stützt. Vor Jahresfrist hatte er noch bei knapp 2,30 DM gelegen. Mit dem aktuellen Kursniveau scheint aber nun eine untere Aufganglinie erreicht – einer weiteren Baisse-Spekulation wird durch die Tatsache Grenzen gesetzt, daß nunmehr auch die amerikanische Notenbank bereit zu sein scheint, gegen einen weiteren Kursverfall zu intervenieren. Diese Bereitschaft wird allerdings nur sehr zögernd praktiziert: Nach wie vor benutzt die US-Regierung den Dollarkurs als handels- und wirtschaftspolitisches Druckmittel, um die anderen großen kapitalistischen Länder zu einer Wirtschaftspolitik zu zwingen, die einen Abbau des Handelsbilanzdefizits der USA ermöglicht, ohne daß die US-Regierung einen restriktiven wirtschaftspolitischen Kurs einschlagen muß.

Klammert man die Erdölpreise aus, so hat sich der seit 1975 anhaltende Rückgang der Rohstoffpreise in den letzten Monaten nicht mehr weiter fortgesetzt. Für die nächste Zeit wird mit einer Stabilisierung auf diesem niedrigen Niveau gerechnet. Eine merkliche Erholung – welche vor allem die Zahlungsbilanzen der Länder der Dritten Welt etwas entlasten würde – ist aber angesichts der anhaltenden Produktionsüberschüsse nicht zu erwarten.

Der Vorjahresstand war im März (Dollarpreise) aber immer noch um 16 Prozent unterschritten – gemessen in DM waren Rohstoffe sogar um 27 Prozent billiger.

Weltrohstoffpreise

	VWD-Index ¹	HWWA-Index ²	
		Ohne Energie	Mit Energie
1973	—	90	52
1975	—	100	100
1980	164	157	226
1985	188	112	197
1986	137	116	143
März 1987	112	117	147

¹ Index 1972 = 100, auf DM-Basis, erst ab Herbst 1978 berechnet
² Index 1975 = 100, auf Dollar-Basis
(Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 16. 4. 1987)

Auch die übrigen nationalen Preisindizes deuten an, daß die günstigen Sonderfaktoren an Wirkung verlieren. Es ist aber immerhin bemerkenswert, daß – im Vorjahresvergleich – der Verbraucherpreisindex der erste ist, der wieder ein Plus aufweist. Die Preissenkungen wurden und werden von den Unternehmen nur teilweise weitergegeben.

Ausgewählte Preisindizes 1987

	Industriepreise		Landwirtschafts- preise (2)	Import- preise (1)		Großhandels- preise (1)	
	(1)	(2)		(1)	(2)	(1)	(2)
Januar	+0,2	-4,4	-7,7	+0,0	-17,8	+0,8	-8,6
Februar	-0,3	-4,2	-6,4	-0,7	-15,6	-0,4	-6,9
März	-0,1	-3,9		+0,2	-12,1		
April	-0,3	-3,6		+0,3	-9,8		

¹ In % gegenüber dem Vormonat
² In % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, Ifd.; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.)

3.3 Steuerreform

Die im Wahlkampf angekündigte Steuerreform für 1990 liegt nun in ersten Konturen vor. Schon 1988 sollen „Entlastungen“ im Umfang von etwa fünf Milliarden DM wirksam werden, zusammen mit der zweiten Stufe der Steuerreform von 1986 (mit einem Entlastungsvolumen von insgesamt 19 Milliarden, wovon 8 Milliarden 1988 in Kraft treten sollen). Vom geplanten Entlastungsvolumen für 1990 von 44 Milliarden DM sollen also fünf Milliarden auf 1988 vorzogen werden, so daß sich für 1988 eine „Entlastung“ von 13 Milliarden errechnet, welche allerdings fast ausschließlich den oberen Einkommenschichten zugute kommen wird. (Vgl. INFORMATIONEN 4/1985) Die Reform von 1990 soll nun wirklich grundlegende Änderungen bewirken. Originalton Stoltenberg: „Eine leistungsfördernde und sozial ausgewogene Steuerreform.“ Ein wichtiges Argument für die Notwendigkeit umfangreicher Strukturformen bei der Lohn- und Einkommensteuer war die „Leistungsfeindlichkeit“ der bisherigen Tarife. Beklagt wurde die ständig wachsende Steuerbelastung der Lohn- und Gehaltseinkommen. Sie steigt seit den siebziger Jahren kontinuierlich und macht inzwischen mehr als ein Drittel aus. Rechnet man noch die indirekten Steuern (Mehrwert- und Verbrauchsteuern) dazu, dann kassiert der Staat rund 43 Prozent aller Löhne und Gehälter (Frankfurter Rundschau vom 5. 11. 1985). Eine Tendenz, die unter der CDU/FDP-Regierung entgegen aller Versprechungen vor der „Wende“ noch beschleunigt wurde.

Eine Korrektur dieser Entwicklung wäre nötig, denn dank der Steuerabzüge steigen u. a. die Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit seit Jahren langsamer als die Bruttoverdienste (bei den Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ist es umgekehrt).

In welche Richtung wirkt die Steuerreform? An der grundlegenden Verteilung des Lohn- und Einkommensteuertarifs wird nichts geändert. Es bleiben die vier „Zonen“ Grundfreibetrag, Proportionalzone, Progressionszone und Spitzenzone. Ihr Gewicht wird aber verschoben.

Der Grundfreibetrag umfaßt die steuerfreien Kleinstinkommen. Die Obergrenze soll von derzeit 4536,- DM auf 5616,- DM pro Jahr (für Verheiratete das Doppelte) steigen. Das begünstigt alle Steuerzahler gleichmäßig und somit die Kleinverdiener – relativ – am meisten. Die Maßnahme soll sieben Milliarden kosten.

Die Proportionalzone betrifft die unteren Einkommensgruppen. Hier gilt ein gleichbleibender Steuersatz von bislang 22 Prozent. Die Obergrenze liegt bei 18000/36000,- DM im Jahr. Sie soll auf 8100/16200,- DM vorgezogen und der Proportionalsteuersatz auf 19 Prozent gesenkt werden. Der Gültigkeitsbereich dieser Zone wird stark eingeschränkt: Er umfaßt nur noch die Einkommensbestandteile zwischen 5600 und 8100 DM jährlich. Für diese allerdings sinkt die Steuerbelastung. Wiederum darf aber nicht vergessen werden, daß die Erleichterungen auch bei den Großverdienern zu Buche schlagen werden.

In die Progressionszone fallen jetzt schon die meisten Lohn- und Gehaltsempfänger; es sollen noch mehr werden. Hier sind die weitestgehenden Änderungen geplant. Bislang gilt, daß steigende Einkommen zu einem steigenden Steuersatz führen, und zwar so, daß der Satz anfangs besonders schnell und in den oberen Bereichen langsamer steigt. Von 1990 an soll der Steuersatz zwischen 8100,- DM und 120000,- DM Jahreseinkommen (ledig) gleichmäßig von 19 auf 53 Prozent steigen. Das bedeutet eine gewisse relative Entlastung für die Einkommen im mittleren Bereich.

Jenseits von 130000,-/260000,- DM steigt der Steuersatz nicht mehr; er bleibt derzeit bei 56 Prozent. Dieser Spitzensteuersatz wird auf 53 Prozent gesenkt, und der Beginn dieser Tarifzone auf 120000,-/240000,- DM vorgezogen. (Eine Maßnahme, die Arbeitsminister Blüm als „Faustschlag ins Gesicht der Malocher“ bezeichnet hatte – allerdings vor ihrer Verabschiedung im Kabinett.) Wenn ein Mann zwei Äpfel ißt und ein anderer keinen, dann essen beide im Durchschnitt einen. So ähnlich argumentiert die CDU: „Jeder Steuerzahler behält mindestens 1000 DM jährlich mehr in der Tasche“ (Zeitungsanzeige zur hessischen Landtagswahl 1987). Das mag statistisch stimmen. Aber das wichtigste Merkmal der Stolten-

bergschen Steuerreform ist die überdurchschnittliche Begünstigung der oberen Einkommensgruppen. Wer 20000 DM pro Jahr verdient, spart (als Lediger) 477 DM; für das zehnfache Einkommen bekommt man fast das 26fache an Ersparnis:

Was bringt die Steuerreform im Vergleich zu 1986 (in DM)?

Jahreseinkommen	Steuerersparnis	
	ledig	verheiratet
8 000	309	—
20 000	477	726
40 000	2 076	954
60 000	4 865	2 020
100 000	9 183	6 848
120 000	10 060	9 730
200 000	12 417	18 366
1 000 000	36 410	42 836

(Quelle: Bundesministerium für Finanzen)

In dieses Bild paßt die Senkung des Spitzensteuersatzes. Zum Streit um diese Frage muß man wissen, daß die Ziffer von derzeit 56 bzw. künftig 53 Prozent rein fiktiv ist, und zwar aus mehreren Gründen:

Grundlage ist das **zu versteuernde** Einkommen, d. h. nach Abzug aller steuermindernden Ausgaben. Bekanntlich kann um so mehr von der Steuer abgesetzt werden, je höher das Einkommen ist (Stichwort: Abschreibungsfirmen). Deshalb liegen die steuerlichen Einkommen gerade bei den Spitzenverdienern weit unter den tatsächlichen. Das ursprüngliche Versprechen, den Spitzensteuersatz nur zu senken, wenn die Umgehungsmöglichkeiten beschränkt werden, war – wie zu erwarten – nur heiße Luft.

Auch die Spitzenverdiener profitieren von den Steuersenkungen für untere und mittlere Einkommen. Die „Grundentlastung“ wird künftig 22800,- DM für diese Gruppe betragen. Wer 1990 z. B. 120000,- DM pro Jahr beim Finanzamt angibt, muß 40742,- DM Einkommensteuer bezahlen; das sind 34 Prozent – so viel wie die derzeitige durchschnittliche Lohn- und Einkommensteuerbelastung. Berücksichtigt man dann noch die durch Steuerabsetzungen wegmanipulierten Summen, dann liegt die tatsächliche Steuerlastquote der Spitzenverdiener höchstwahrscheinlich unter der von Facharbeitern.

Steuerentlastung für Spitzenverdiener nach der Steuerreform (Jahreseinkommen 200 000 DM, ledig):

Aus der Anhebung des Grundfreibetrags	237 DM
aus der Absenkung des Eingangsteuersatzes	74 DM
aus der Verringerung der Steuerprogression	9749 DM
aus der Senkung des Spitzensteuersatzes	2397 DM
12 417 DM	

(Quelle: Bundesministerium für Finanzen)

Angesichts dessen gibt es keine stichhaltige Begründung für die Senkung des Spitzensteuersatzes, außer dem, daß die FDP ihre Klientel bedienen wollte. Das gilt noch mehr für die gleichzeitige Senkung des Körperschaftsteuersatzes (Steuern auf Profite von Kapitalgesellschaften). Die Steuerreform ist durchaus sozial ausgewogen – nur eben im Sinne von CDU/CSU und FDP, für die die herrschende Klasse ein Vielfaches mehr an Gewicht hat als die übrige Bevölkerung. In diesem Rahmen ist dann auch die anhaltende „Diskussion“ über die (ersatzlose) Abschaffung der Gewerbesteuer konsequent.

Ein endgültiges Urteil über die Stoltenbergsche Steuerreform ist nicht möglich, ohne die Finanzierung des Vorhabens zu werten. Denn von den 44 Milliarden sollen immerhin 19 Milliarden durch Steuererhöhungen an anderer Stelle finanziert werden. Bemerkenswerterweise wurde die Frage nach der Herkunft dieser Mittel nicht beantwortet; 1987 sind mehrere Wahlen. Um so wahrscheinlicher ist es, daß wie in der Vergangenheit verfahren und wie in diversen „Diskussionsbeiträgen“ vorgeschlagen wird: Erhöhung der Mehrwert- und der Verbrauchsteuern, Kürzung von Sozialleistungen usw. Das würde die geringen Verbesserungen für die unteren Einkommensgruppen, die die Reform bringt, wieder aufheben und womöglich ins Gegenteil verkehren. Indirekte Steuern belasten die

Armen überdurchschnittlich, weil diese einen größeren Teil ihres Einkommens für den Konsum ausgeben müssen. Wahrscheinlich wird die Steuerreform ausschließlich den Großverdienern und Unternehmern zugute kommen.

Das würde zur bisherigen Entwicklung passen. Im März veröffentlichte das Bundeswirtschaftsministerium eine Übersicht über die Wirkung der seit 1983 bewerkstelligten „stillen Steuerreform“. Gemeint sind Änderungen im Steuerrecht durch Einzelmaßnahmen (siehe Handelsblatt vom 12. 3. 1987). Die in diesem Zeitraum beschlossenen Gesetze und Verordnungen brachten Steuerentlastungen von 6,5 Milliarden DM, „die eindeutig und ausschließlich den Unternehmen zugute gekommen sind“. Weitere 17,7 Mrd. Entlastungen begünstigten zu großen Teilen ebenfalls das Kapital. Finanziert wurde dies durch die Erhöhung von indirekten Steuern und den Abbau von Steuervergünstigungen u. a. für Familien und Behinderte in Höhe von 15 Mrd. Derartige Maßnahmen sind auch gemeint, wenn Leute wie Bangemann vom „Subventionsabbau“ als einer Möglichkeit zur Finanzierung der Steuerreform sprechen.

3.4 Sozialhilfe

Die Polarisierung der sozialen Lage der Bevölkerung, vor allem die Vergrößerung der Schicht der Armen, schlägt sich nunmehr auf drastische Weise in den Statistiken nieder. Wichtigster Indikator ist die Statistik der Sozialhilfeempfänger, die – neben der Arbeitsmarktstatistik – größte Aufmerksamkeit verdient. Die Verwandlung eines rapide wachsenden Anteils der Bevölkerung in Klienten der Sozialämter muß stärker in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion gerückt werden.

Sozialhilfeempfänger

	In 1000 Personen	Je 1000 Einwohner	Darunter: „Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt“ in 1000
1970	1491	25	749
1980	2144	35	1322
1981	2083	34	1291
1982	2320	38	1560
1983	2437	40	1726
1984	2570	42	1837
1985	2808	46	2059

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 2/1987, S. 151)

Im Jahre 1986 scheint sich der Anstieg der Ziffern noch beschleunigt zu haben. So erhöhten sich die Ausgaben der Gemeinden für die Sozialhilfe nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 1986 um 10,9 Prozent auf mehr als 23 Milliarden DM. Die Ausgaben im Rahmen der „Hilfe zum Lebensunterhalt“ – dies sind die Unterstützungen für Menschen ohne ein gewisses Mindesteinkommen – haben sich noch stärker, um 17,5 Prozent, auf 9,4 Milliarden DM erhöht. Dies hängt zu einem geringen Teil mit der Erhöhung der Unterstützungssätze im Rahmen der „Hilfe zum Lebensunterhalt“ zusammen – diese wurden Mitte 1985 um durchschnittlich acht Prozent erhöht. Der größte Teil der Mehrausgaben aber geht auf die Erhöhung der Empfängerzahl zurück, fast ausschließlich in der Hilfe zum Lebensunterhalt. (Der sehr kostenintensive Bereich der „Hilfe in besonderen Lebenslagen“ betrifft insbesondere Rehabilitationsmaßnahmen usw.) Demnach dürfte die Empfängerzahl bei der „Hilfe zum Lebensunterhalt“ 1986 auf mindestens 2,3 Millionen angestiegen sein, die Gesamtzahl der Sozialhilfeempfänger dürfte 1986 die 3,1 Millionen überstiegen haben.

3.5 Arbeitszeitkonflikt '87

Im Mittelpunkt der Tarifbewegungen im ersten Halbjahr 1987 standen die Konflikte um die Arbeitszeit in der Metall- und in der Druckindustrie. Die Lohn- und Gehaltsauseinandersetzungen standen dadurch im Schatten dieses Tarifkonflikts, wobei die 3,4 Prozent Einkommenserhöhungen im öffentlichen Dienst eher die unterste Grenze der erreichten Abschlüsse markierten.

Nach zahlreichen erfolglosen regionalen Verhandlungen und einer umfangreichen Warnstreikbewegung sowie Vorbereitung auf einen möglichen Arbeitskampf wurde in der Metallindustrie in einem Spitzengespräch zwischen dem Präsidenten von Gesamtmetall und dem Vorsitzenden der IG Metall am 22. April ein Kompromiß vereinbart, dessen Eckpunkte sodann in weiteren regionalen Verhandlungen für die tarifvertraglichen Regelungen verbindlich waren. Nach weiteren Warnstreiks in der Druckindustrie wurde dann dort in einem Schlichtungsverfahren der Rahmen dieses Kompromisses bei Metall übernommen.

Die diesjährigen Tarifabschlüsse in der Metall- und in der Druckindustrie sehen einen ebenso großen Schritt der Arbeitszeitverkürzung vor wie 1984. Allerdings wird die weitere Verkürzung der Wochenarbeitszeit um 1 1/2 Stunden auf 37 Stunden bis zum 1. 4. 89 auf zwei Stufen verteilt. Die Beschäftigungswirksamkeit wird dadurch eingeschränkt. In der Metallindustrie sind diesmal auch die Auszubildenden einbezogen; in der Druckindustrie konnte gegen den anhaltenden Widerstand der Unternehmer für die 3-Schicht-Arbeiter eine zusätzliche Verkürzung erreicht werden (6 freie Tage).

Der Kompromißcharakter der Tarifabschlüsse über die Arbeitszeit ist allerdings wie schon 1984 durch eine Besonderheit geprägt. Er besteht nicht nur, wie sonst üblich, in erzwungenen Abstrichen von der ursprünglichen Forderung, sondern in der Verbindung zweier gegensätzlicher Elemente. Anders als noch im Stahlstreik hatten die Kapitalverbände der gewerkschaftlichen Forderung nach einheitlichen Arbeitszeitverkürzungen 1984 wie 1987 ein eigenes Konzept der Flexibilisierung der Arbeitszeitsysteme entgegengestellt, von dem mehrere Elemente in die Tarifabschlüsse gingen. Zwar konnten die Unternehmer ihr totales Flexibilisierungskonzept nicht durchsetzen, dennoch bleibt die mögliche Differenzierung der Arbeitszeiten nach einzelnen Beschäftigtengruppen, wenn auch leicht eingeschränkt, bestehen, und der Ausgleichszeitraum für die durchschnittliche betriebliche Arbeitszeit wurde sogar von zwei auf sechs Monate in der Metallindustrie verlängert (in der Druckindustrie besteht schon eine jährliche Verteilungsmöglichkeit), was den Ausgleich saisonaler Produktionsschwankungen zuläßt.

Die Delegation der Regelungskompetenz bei der Umsetzung der Tarifverträge an die Betriebsräte bleibt bestehen – einschließlich in der Frage der Samstagsarbeit. Der Konflikt zwischen den Flexibilisierungszielen des Kapitals und den gewerkschaftlichen Bemühungen, einheitliche Regelungen durchzusetzen, wird in den nächsten Jahren die betrieblichen Auseinandersetzungen bestimmen – unter dem starken Druck der jeweiligen betrieblichen Konkurrenz- und Kräfteverhältnisse.

Erstmals wurden mit diesen Arbeitszeitabkommen für die Laufzeit von drei Jahren auch die Lohn- und Gehaltstarifverträge in Metall- und Druckindustrie festgelegt. Dabei sind dreistufige Erhöhungen vorgesehen: 3,7 Prozent ab 1. 4. 87, 2,0 Prozent ab 1988 und 2,5 Prozent ab 1989. Eine solche bisher nur in den USA bekannte lange Laufzeit kann bestenfalls bei niedrigen Inflationsraten und einem schweren Kriseneinbruch 1988 einen gewissen Schutz für die Lohnabhängigen darstellen. Die Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften ist auf dem Gebiet der Einkommenspolitik damit eingeschränkt, auch wenn als „Nachschlag“ etwa die Kündigung der Tarifbestimmungen über Sonderzahlungen (13. Monatseinkommen, Urlaubsgeld) oder ähnliches denkbar erscheint.

In den Tarifkompromissen drückt sich aus, daß die Unternehmer, anders als noch 1984, nicht auf die bedingungslose Durchsetzung einer Konfrontationslinie orientierten, die ihr Flexibilisierungsprogramm mit einer offenen politischen Schwächung der Gewerkschaft verbinden würde.

Daß sich in dem diesjährigen Tarifkonflikt der „soziale Konsens“ im Kapitallager als die beherrschende Linie durchgesetzt hat, ist offenbar auch Ausdruck eines gewissen „Kräftegleichgewichts“ zwischen Gewerkschaften und Kapital. Dieses „Kräftegleichgewicht“ ist ein Resultat der in den Streiks 1984 demonstrierten Gegenmachtfähigkeit der Gewerkschaften, der enormen Politisierung in der Bewegung gegen die Änderung des § 116 Arbeitsförderungs-gesetz und der glaubhaften Streikvorbereitung und breiten Mobilisierung in diesem Tarifkonflikt 1987. Die Unkalkulierbarkeit und das politische Risiko für die Kapitaleseite in einem neuen Arbeitskampf

bestand auch darin, daß aufgrund der veränderten rechtlichen und ökonomischen Bedingungen und der darauf reagierenden neuen Streikkonzepte der Gewerkschaften bisherige Regeln des Arbeitskampfes hätten überschritten werden können. Eine nicht absehbare Politisierung war wohl befürchtet worden.

Die Kapitaleseite verbindet nun mit dem in den Abschlüssen demonstrierten Sozialkompromiß die Zielstellung, dies als dauerhafteren „sozialen Konsens“ zu befestigen. Anknüpfungspunkte dafür sind z. B. in der Bewertung Franz Steinkühlers zu finden, der in den Abschlüssen „Zeichen für die Vereinbarkeit von sozialer Verantwortung und tarifpolitischer Vernunft“ sieht. (FAZ 23. 4. 87)

Das Verhalten der Gewerkschaften in dieser Tarifbewegung '87 war durch eine widersprüchliche Konstellation geprägt: Auf der einen Seite wurde die betriebliche Mobilisierung und Vorbereitung auf neue Kampfformen sowie die Initiierung einer breiten sozialen Bewegung in Angriff genommen. Auf der anderen Seite förderte die Unsicherheit angesichts der durch den § 116 verschlechterten Ausgangsbedingungen erheblich die Kompromißbereitschaft und die Hoffnungen auf eine Verhandlungslösung.

In den politischen Überlegungen der Gewerkschaftsführungen spielte ferner eine wichtige Rolle, daß nach den Bundestags- und Hessen-Wahlen '87 deutlich geworden war, daß die konservative Regierung keine Episode ist, sondern daß man sich noch auf eine längere Periode einstellen muß. Angesichts von Zugeständnissen dieser Regierung etwa bei Abstrichen in der Ausbebelung der Montanmitbestimmung und einem möglichen Stillhalten des Finanzkapitals bei der Abwicklung der Liquidierung der Gemeinwirtschaft kann eine Kooperationslinie auch in der IG Metall Auftrieb erhalten haben. Zweifellos wird das zukünftige Verhältnis zur konservativen Regierung zu einem der wichtigsten Auseinandersetzungspunkte in den DGB-Gewerkschaften – möglicherweise mit allen Merkmalen eines heftigen Richtungsstreits. Davon waren schon die Debatten des letzten DGB-Kongresses im Mai 1986 bestimmt gewesen.

Der Konflikt um Arbeitszeit und Flexibilisierung wird sich unter der Wirkung der Abschlüsse bei Metall und Druck in anderen Bereichen fortsetzen.

Die Tarifverhandlungen um Einkommen im Bankensektor nahmen die Unternehmer zum Anlaß, diese Fragen mit der Forderung nach weitgehenden Arbeitszeitflexibilisierungssystemen zu verbinden. Dies führte im April und Mai zu der bisher größten Warnstreikwelle im Bankenbereich und zu den ersten kurzen und regulären Arbeitskämpfmaßnahmen. Davon wurden in erster Linie die EDV-Zentralen der Banken getroffen, da hier einmal empfindliche Schlüsselbereiche gefunden wurden und zum anderen der Organisationsgrad der EDV-Spezialisten am ehesten eine geschlossene Streikteilnahme ermöglichte. Unter dem Eindruck dieser neuen Kampfbereitschaft wurde am 16./17. Mai in einem Spitzengespräch vereinbart, die Einkommen um fast 4 Prozent zu erhöhen und die Verhandlungen über die Arbeitszeit auf 1988 zu vertagen. Bis dahin soll ein begrenzter „Flexi-Test“ mit kundennahen Bankenbereichen laufen.

Anfang 1988 wird dann im öffentlichen Dienst um weitere Arbeitszeitverkürzungen verhandelt werden, wobei die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes sich noch nicht auf konkrete Forderungsformen festgelegt haben. In der weiteren Arbeitszeitpolitik wird vor allem das Problem stehen, Regelungsdefizite etwa bei der Teilzeitarbeit und dem weiten Feld der „ungeschützten Beschäftigungsverhältnisse“ endlich auszugleichen.

3.6 Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Die seit Anfang 1984 zu beobachtende leichte, konjunkturell bedingte Zunahme der Beschäftigtenziffern hat sich bis zuletzt fortgesetzt, allerdings in stark abgeschwächter Form. Bis März 1987 gibt das Statistische Bundesamt eine monatliche Zunahme (saisonbereinigt) um etwa 10 000 an. Dies betrifft inzwischen nur noch den Bereich Dienstleistungen.

Erwerbstätigkeit¹

	1980	1984	1985	1986
Insgesamt	26 328	25 358	25 534	25 786
darunter:				
Männer	16 499	15 702	15 786	15 910
Frauen	9 829	9 656	9 748	9 876
Selbständige ²	3 319	3 266	3 266	3 271
Abhängig Beschäftigte	23 009	22 032	22 208	22 455

¹ In Millionen Personen

² Einschließlich mithelfende Familienangehörige
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 4/1987, S. 285 ff.)

Im Jahresdurchschnitt von 1986 waren etwa 450 000 mehr Erwerbstätige registriert als im zyklischen Tiefpunkt der Beschäftigung im Jahre 1983. Trotzdem war der zyklische Höhepunkt von 1980 noch um rund 550 000 unterschritten. Der Jahresdurchschnitt wird 1987 nach Erwartungen des DIW und des Ifo-Instituts nochmals um etwa 125 000 höher liegen als 1986, in saisonbereinigter Betrachtung wird sich der Beschäftigungsanstieg aber ab der Jahresmitte 1987 nicht mehr fortsetzen.

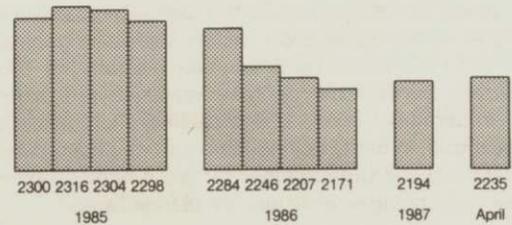
Es wurde schon in vorangegangenen Berichten der Zusammenhang zwischen Beschäftigungszunahme und Arbeitszeitverkürzung behandelt. So war hier der Beschäftigungseffekt der 38,5-Stunden-Woche, realisiert für mehr als neun Millionen Beschäftigte (Ende 1986), auf rund 300 000 Arbeitsplätze beziffert worden. (INFORMATIONEN 1/87). Nun legt das DIW eine erneute Berechnung vor, die die Wirkung der Arbeitszeitverkürzung von 1985 auf die Entwicklung der Arbeiterzahl in der Metallindustrie bezieht. Demnach hat die Wochenarbeitszeitverkürzung bei den knapp 2,6 Millionen Arbeitern der Metallindustrie etwa 50 000 Arbeitsplätze geschaffen. Eine Arbeitszeitverkürzung um 3,9 Prozent (1,5 Wochenstunden) hat also die Zahl der Arbeitsplätze um zwei Prozent gesteigert, d. h., etwa die Hälfte der Arbeitszeitverkürzungen wurden unmittelbar beschäftigungswirksam. Außerdem stieg die Zahl der Überstunden bei den Arbeitern zunächst stark an, ein Effekt, der aber nur vorübergehend sein dürfte. Zumindest teilweise wird der Abbau der Überstunden im weiteren Verlauf ebenfalls beschäftigungssichernd wirken. Man kann also davon ausgehen, daß der positive Beschäftigungseffekt sich auf etwa zwei Drittel des rein rechnerischen Effekts beläuft. Dies entspricht im großen und ganzen den Ergebnissen der hier vorgeführten Berechnungen. Bezogen auf die Gesamtwirtschaft bestätigt sich somit, daß die Realisierung der 35-Stunden-Woche für alle mindestens 1,3 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze gebracht hätte, bei Berücksichtigung des Überstundeneffekts sogar 1,8 Millionen.

Während die Beschäftigung noch ein wenig ansteigt, hat sich aber auf dem Arbeitsmarkt bereits Ende 1986 wieder die „Wende“ vollzogen. Seit November 1986 steigen die saisonbereinigten Arbeitslosenziffern wieder an, im April 1987 war der Tiefpunkt dieser Zeitreihe um 60 000 überschritten.

Registrierte Arbeitslose (saisonbereinigte Zahl in 1000)

1985				1986				1987	
1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	April
2300	2316	2304	2298	2284	2246	2207	2171	2194	2231

Registrierte Arbeitslose (saisonbereinigte Zahl in 1000)



IMSF

Dies zeigt sich auch deutlich bei den monatlichen Ziffern im Vorjahresvergleich. Im April lagen die registrierten Arbeitslosenziffern kaum noch unter dem Vorjahresstand, die Kurzarbeiterzahlen überstiegen ihn deutlich, die Zahl der offenen Stellen liegt nur noch knapp über dem Vergleichswert.

Arbeitsmarkt 1987

	Arbeitslose		Kurzarbeiter		Offene Stellen	
	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
Januar	2497	- 93	428	+ 165	150	+ 28
Februar	2488	- 105	382	+ 87	165	+ 28
März	2412	- 36	463	+ 168	180	+ 22
April	2216	- 14	302	+ 86	179	+ 22

¹ In 1000 Personen

² Veränderungen in 1000 gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Iff.)

Dies, obwohl die arbeitsmarktpolitischen Bemühungen der Bundesanstalt für Arbeit weiter intensiviert werden. Im Monat März 1987 waren etwa 45 000 Arbeitslose mehr in Vollzeitmaßnahmen der beruflichen Qualifizierung (rund 31 000) bzw. im Rahmen von befristeten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (15 000) untergebracht als im Vorjahresmonat. Mehr als 260 000 Arbeitslose sind auf diese Art und Weise im Rahmen von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zeitweilig „beschäftigt“ und somit aus der Statistik ausgeklammert. Im Jahresdurchschnitt von 1987 – so erwarten die Institute – wird die registrierte Arbeitslosenzahl zwar noch etwas unter dem Stand von 1986 zurückfallen, im Jahresverlauf aber dürfte der Anstieg der Ziffern sich fortsetzen.

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Oberlindau 15, 6000 Frankfurt am Main 1.

Versasser: Dr. Jörg Goldberg, Klaus Pickshaus.
Abschnitt 1.3 wurde von Elvio Dal Bosco, Abschnitte 2 und 3.3 von Gerd Hautsch verfaßt.

Abschlußtermin dieses Berichts: 18. 5. 1987. Nachdruck nur auszugsweise mit Quellenangabe gestattet.

Erscheint in der Nachrichten-Verlags-GmbH, Kurfürstenstr. 18, Postfach 900749, 6000 Frankfurt am Main; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementspreis von 40,- DM einschließlich Zustellgebühr enthalten. Erscheinungsweise vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 3,- DM, Jahresabonnement 12,- DM einschließlich Zustellgebühr.

Druck: Plambeck & Co. Druck und Verlag GmbH, Xantener Straße 7, 4040 Neuss.